

Ministerpräsident Koch hat einen einzigartigen sozialen Kahlschlag in Hessen angekündigt. Er begründet ihn mit der ‚harten Realität der Zahlen‘ – und verschweigt seine eigene Verantwortung hierfür.

Seit Jahren verhindert Roland Koch, dass die finanziell Starken angemessen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben herangezogen werden. Statt endlich für sozialen Ausgleich zu sorgen, will Koch gezielt bei den sozial Benachteiligten, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den Studierenden abkassieren.

Koch vernichtet mehr als 13.000 Arbeitsplätze. Er verschärft die soziale Schieflage und die ökonomische Krise. Der Abbau von Bildungschancen ist ein massiver Angriff auf unsere Zukunft. Kochs Politik ist perspektivlos und zerstört die sozialen Fundamente unserer Gesellschaft!

Lasst uns am 18. November gemeinsam in Wiesbaden demonstrieren: Für eine zukunftsgerichtete soziale Politik und gegen den hessischen Kahlschlag!

Jochen Nagel, Landesvorsitzender der GEW Hessen

Auf nach Wiesbaden: Studiengebühren stoppen!

Mit Demonstrationen, phantasievollen Aktionen und ersten Streiks protestieren Studentinnen und Studenten gegen Studiengebühren und Sozialabbau. Am 18. November wollen Wohlfahrtsverbände, kirchliche Institutionen, Gewerkschaften und ASten den Protest gegen die Sparpläne der Landesregierung nach Wiesbaden tragen.

Mehr als zehntausend Studierende waren hessenweit auf den Beinen, als die Landesregierung am 4. November das sogenannte Zukunftssicherungsgesetz in den Landtag einbrachte. Die Artikel 12 und 13 des Gesetzes führen Studiengebühren ein: 50 Euro für alle und 500 bis 1500 Euro zusätzlich für diejenigen, die die Regelstudienzeit überschreiten oder bereits einen anderen Abschluss haben.

„Die sozialen Initiativen, die Beschäftigten, die Schüler und die Studierenden sollen die Zechen für die verfehlte Politik der Landesregierung zahlen!“ So fasste Sibylle Hartzheim für die GEW die weiteren Auswirkungen des Sparpakets zusammen. Nicht nur das Bildungswesen sei betroffen, auch „die gesamte

soziale Infrastruktur Hessens wird zerschlagen“, sagte die Psychologiestudentin bei einer Demonstration in Gießen vor 2000 Studierenden.

Die CDU-Regierung will Studiengebühren, Stellenstreichungen, die Verlängerung der Arbeitszeit und massive Kürzungen der Unterstützung für soziale Einrichtungen in nicht einmal sechs Wochen durch den Landtag peitschen. Um das noch zu verhindern, mobilisiert ein breites Bündnis zu einer Großdemonstration am 18. November in Wiesbaden.



Nicht das Geld fehlt!
Seite 2

Proteste und Streik!
Seite 3

**Was bedeuten
Gebühren?**
Seite 4

Geld wär' eigentlich da!

Eine große Koalition verkündet es täglich: Geld ist nicht da; die Globalisierung zwingt uns zu schmerzhaften Einschnitten. Weil sie das anders sehen, kämpfen auch Globalisierungskritiker gegen den Sozialabbau. Zur Demonstration am 1. November kamen 100.000 nach Berlin.

Am 14. Oktober meldete die Financial Times, dass Deutschland wieder Exportweltmeister ist. Das Land ist die größte europä-

Exportweltmeister also nur eins übrig: Steuern senken, Sozialkatalogschlag betreiben und Studiengebühren einführen. So tönt es unisono landauf landab. Darf ich trotzdem fragen: *Ist das so?*

Seit der Steuerreform im Jahr 2000 sind die Einnahmen bei der Körperschafts-, Einkommens- und Vermögenssteuer massiv eingebrochen. Die versprochenen Arbeitsplätze blieben aus.

Steuerhöhe und Wirtschaftsleistung sind voneinander weitgehend unabhängig. Das bestätigt auch der Blick ins europäische Ausland: Spanien hat wie wir Probleme, in Schweden hingegen ist die Arbeitslosenquote trotz höchster Steuern und Sozialabgaben nur halb so groß. Doch Berlin hält unbeirrt Kurs: Die Steuerre-

form will der Bund vorziehen. Steuern auf hohe Zinseinkünfte will er halbieren, eine angemessene Besteuerung von Erbschaften und Vermögen verhindern und Besserverdienende jährlich um 6 Mrd. Einkommenssteuer entlasten. Selbst das ifo-Institut ist skeptisch, ob das die Wirtschaft belebt: Wer schlau ist, transferiert die Steuergeschenke ins Ausland, wo sie höhere Renditen abwerfen.

Wir brauchen eine vollkommen andere Steuerpolitik! Da die Produktivität wächst, geht der Anteil der Lohneinkommen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurück. Deshalb müssen all jene, deren Anteil am BIP steigt, stärker zur sozialen Sicherung herangezogen werden. (Konkrete Vorschläge siehe unten.)

Unser Sozialsystem und unser Bildungssystem sind sehr wohl finanzierbar!

Werdet aktiv gegen Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung. Politik ist menschengemacht, das heißt sie kann verändert werden!

Timm Zwickel, attac Marburg
Quellen und weitere Infos: www.massennensch.de/geldgenug



sche Volkswirtschaft und ein Niedrigsteuerland – nur Spaniens Steuern sind in Europa noch tiefer. Angesichts des so ungeheuren Globalisierungsdrucks bleibt dem

Umsteuern!

Folgende Maßnahmen können die Einnahmen (wieder) erhöhen:

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer bei angemessenen Freibeträgen würde bei einer Höhe von 1% schon zu jährlichen Einnahmen von 14,9 Mrd Euro führen. Immobilienvermögen sollten dabei endlich realistisch bewertet werden.
- Alle Einkünfte sollten gleichermaßen besteuert werden, egal ob aus abhängiger Beschäftigung oder Kapitaleinkünfte aus Dividenden, Zinsen oder Spekulationsgewinnen.
- Steueroasen müssen geschlossen, Steuerkontrollen erhöht und das Bankgeheimnis aufgehoben werden. Dividendenflüsse ins Ausland dürfen nicht steuerfrei bleiben. Einkünfte müssen unabhängig vom Entstehungsort erfasst werden.



- Den Vorschlägen des Bundesrechnungshofs, Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe durch Umsatzsteuerbetrug und Steuerumgehung zu unterbinden, muss die Politik nachkommen.
- Die Körperschaftssteuer muss wieder von 25% auf die ehemaligen 40% angehoben werden. Kapitalveräußerungsgewinnen müssen auch dieser Steuer unterliegen.
- Ein Wertschöpfungssteuer muss eingeführt werden. Es kann nicht sein, dass z.B. Daimler-Chrysler seit über 10 Jahren in Stuttgart keine Gewerbesteuer mehr gezahlt hat!

Aktionen und Streiks an den Hochschulen

Langzeitstudierende putzen an der Kreuzung Auto-scheiben, um Geld für Gebühren zu verdienen, Vorlesungen unter freiem Himmel, bunte Demonstrationen und Streiks an vielen Hochschulen: Der studentische Protest ist in Hessen nicht zu übersehen.

Vollversammlungen beschließen Resolution

Überfüllte studentische Vollversammlungen der Universitäten Frankfurt, Marburg, Gießen und Kassel sowie der Fachhochschulen Darmstadt und Gießen-Friedberg haben mit großer Mehrheit eine von der Landes-ASTen-Konferenz vorgelegte „Resolution für ein gebührenfreies Studium“ beschlossen.

www.lak-hessen.de/

GEW gegen Studiengebühren

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Eva-Maria Stange, hat Studiengebühren abgelehnt. Hintergrund sind Überlegungen in der SPD. Die GEW Hessen unterstützt derweil die studentischen Proteste. Zu ihrem Web-Angebot gehört die Oktoberausgabe der Hochschulzeitung mit Berichten zu den geplanten Langzeitstudiengebühren und den Kürzungen bei den Hochschulen.

www.gew-hessen.de/

Sparpaket vernichtet Arbeitsplätze

Zwischen 13.400 und 15.400 Arbeitsplätze wird Roland Kochs „Operation sichere Zukunft“ nach Berechnungen des DGB Hessen vernichten.

www.hessen.dgb.de/



Ob in den Fluten der Lahn (Marburg) oder im Bademantel (Studenten der FH Gießen-Friedberg): Das Wasser steht der Bildung bis zum Hals.

Frankfurter beschließen Streik an der Uni

Zur ersten VV kamen rund 4.000 Studentinnen und Studenten auf den Campus Bockenheim um gegen die geplanten Studiengebühren zu protestieren. Am Aktionstag, 4. November, waren es noch mehr. So voll war der Campus seit dem Streik im Jahr 1997 nicht mehr gewesen. Michael und Julia vom Fachbereich Erziehungswissenschaften forderten in der VV „es muss ein deutliches Zeichen von den Studierenden gesetzt werden und das kann nur bedeuten: Streik!“



Nach der ersten Frankfurter Vollversammlung zogen über Tausend Studierende mit Rufen wie „Stopft den Koch ins Haushaltsloch“ zur CDU-Kreisgeschäftsstelle.

Als Gegenmodell wurden zwei Aktionstage vorgeschlagen. Dass das keine wirksame Art von Protest ist, machte Norbert, Jurastudent im 15. Semester, schnell klar: „Dienstag muss ich arbeiten

und Mittwoch hab ich ein spannendes Seminar.“ Es müsse gestreikt werden, damit möglichst viele sich an den Protesten beteiligen könnten. Norbert plädierte für den Streik, denn er ist einer derjenigen, die ihr Studium komplett selbst finanzieren müssen und deshalb genau das, was nun als Langzeitstudent bezeichnet wird. Dass ein Streik als Mittel wirksam sein kann, zeigen die Erfolge des Streiks 1997, der u.a. verhinderte, dass Juristen Prüfungsgebühren zahlen müssen.

Nach dem die versammelten Studierenden den Streik beschlossen hatten, zogen sie durch die Stadt zum Römer, um dort gemeinsam mit den Kommilitonen von der Fachhochschule mit einer Kundgebung gegen Studiengebühren und den sozialen Kahlschlag der Koch-Regierung zu protestieren.

Sharon Weingarten, GEW-Uni-Gruppe Frankfurt

Warum Studiengebühren?

Studiengebühren dienen nicht allein zum Stopfen von Haushaltslöchern. Sie führen zu einer Bildungsökonomie, die das Lernen an kurzfristigen Nutzeffekten ausrichtet.

Seit etwa fünf Jahren werden in immer mehr Bundesländern Studiengebühren nach folgender Salamitaktik eingeführt: es wird ein – vorerst noch „kostenloser“ – Kernbereich des Studiums definiert, der durch immer mehr Gebührenvarianten (Langzeit-, Rückmelde-, Verwaltungsgebühren...) eingekreist wird. Ständen ursprünglich die Befürworter von Gebühren unter starkem öffentlichen Rechtfertigungsdruck, ist dies heute exakt umgekehrt. Gestritten wird über den maximalen Geltungsbereich von Gebühren-

befreiung, welche damit quasi als politisch auf Widerruf gewährte Ausnahme von der Regel erscheint. Nach einem solchen Muster findet derzeit der „Rückbau“ des Sozialstaates in allen gesellschaftlichen Bereichen statt.

Da Studiengebühren in der Regel im Zusammenhang mit der „Konsolidierung“ der Landeshaushalte eingeführt werden, geht in dieser Wahrnehmung häufig ihr eigentlicher bildungspolitischer Zweck unter, über den viel zu wenig öffentlich gestritten wird. In der

Perspektive neoliberaler Bildungsökonomie sind Studiengebühren ein zentrales Instrument der Verhaltenssteuerung und der Ressourcenlenkung an Hochschulen. Sie gelten als individuelle Investition in das eigene „Humankapital“, dessen „Rendite“ ein späteres Markteinkommen ist. Auf diese Weise sollen gesellschaftliche Lernprozesse auf Wertbarkeit und kurzfristigen Nutzeffekte ausgerichtet werden. Komplexe gesellschaftliche Problembezüge und alle Formen nicht-instrumenteller Erkenntnisse geraten aus dem Blick. Daher ist es wichtig, zu betonen, dass Studiengebühren nicht nur aus sozialpolitischen, sondern auch aus bildungs- und wissenschaftspolitischen Gründen zu bekämpfen sind!

Torsten Bultmann, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)
www.bdwi.de

Dein Kontakt zur GEW:

Marburg

Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Tel: 06421/95 23 95, Fax: 06421/95 23 96, Mail: wiss@hessen.gew.de

Kassel

Hans-Georg Klindt, GEW Nordhessen, Friedrich-Engels-Straße 26, 34117 Kassel, Tel: 0561/77 17 83, Fax: 0561/77 62 83, Mail: Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de

Frankfurt

Sharon Weingarten, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069/97 12 93 93, Mail: libertat@web.de

Gießen

Sibylle Hartzheim, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/47 113, Mail: sibylle.hartzheim@epost.de

Auf nach Wiesbaden am 18. November!

Beginn: 11.00 Uhr am Luisenplatz

Über Bus und Bahn informiert Dein AStA oder der DGB Hessen: www.hessen.dgb.de

Weitere Informationen: www.gew-hessen.de

Fotonachweis: Seite 2 und 3: Andi Nolden, Gießen, Seite 3 (VV): AStA der Uni Frankfurt.



soziale gerechtigkeit statt sozialabbau!
wir kämpfen gegen studiengebühren!

STOPPT DEN HESSISCHEN KAHSCHLAG
Großdemonstration in Wiesbaden am Dienstag, 18. November
11.00 Uhr Auftaktkundgebung auf dem Luisenplatz
13.00 Uhr Großkundgebung auf dem Dernschen Gelände
Nähere Informationen bei den AStAs oder der GEW Hessen

